versitätsprofessor in Dresden. Wir kennen uns schon lange von der Arbeit in der Gauck-Behörde, wo er vorher war. Ich freue mich, Herrn Professor Dr. Peter Reichel neben Herrn Dr. Fischer begrüßen zu können. Herr Reichel kommt aus Hamburg, ist dort Professor für politische Wissenschaft und historische Grundlagen der Politik. Dann darf ich begrüßen Herrn Professor Dr. Manfred Overesch, der von der Universität Hildesheim zu uns gekommen ist. Er ist dort Ordinarius für Geschichte und Didaktik der Geschichte. Und damit, meine Herren, habe ich Sie vorgestellt, so gut das jetzt ging. Ich freue mich, wenn Sie jetzt unter der Leitung von Professor Dr. Manfred Wilke einen wichtigen Beitrag leisten mit empfehlenden Hinweisen für eine Gedenkstättenkonzeption aus den verschiedenen Sichten heraus, denn das ist unsere Hauptaufgabe.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Es ergeben sich aus der Aufteilung gewissermaßen zwei Blöcke. Zum einen wird der Kollege Henke noch einmal über den Hintergrund dieser zwei Diktaturen sprechen, dem die Gedenkstättenkonzeption unserer Kommission gerecht werden muß. Kollege Reichel wird noch einmal die Erinnerungskultur in Erinnerung rufen, wie sie sich in der alten Bundesrepublik ausgebildet hat. Kollege Overesch wird über den politischen Gebrauch des Antifaschismus in der DDR, den wir als Mißbrauch bezeichnen, noch einmal informieren und über das, was Herr Fischer dazu beizutragen hat, hat unser Vorsitzender das Nötige gesagt. Ohne langen Verzug, Herr Kollege Henke, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, in dieser Phase der Überlegungen der Enquete-Kommission einen ganz konkreten Vorschlag zu machen. Und ich will versuchen, diesen Vorschlag einzubinden in einige allgemeine Aspekte doppelter Diktaturerfahrung in diesem Land.

Die Debatte über Trauern, Gedenken und Lernen im einzigen Land mit doppelter Diktaturerfahrung mußte wohl zwangsläufig zwischen zwei Extrempositionen verlaufen. An dem einen Extrempol, und davon war heute schon die Rede, verschwinden nationalsozialistische und kommunistische Diktatur gemeinsam hinter pauschalen Etiketten: Etiketten wie „politische Gewaltherrschaft“ oder „totalitäre Regime“. Das Ergebnis ist hier, wie ich das nennen würde, eine nivellierende Enthistorisierung. Am anderen Extrempol dieser Diskussion erscheinen die beiden Diktaturen als antagonistische Herrschaftsformen sui generis ohne irgendwelche gemeinsamen Elemente. Das Ergebnis ist eine isolierende Historisierung dieser Diktaturen. Diese beiden Positionen, so denke ich jedenfalls, konnten in der ungeheuer lebendigen und zum Teil ja auch aufgewühlten Gedenkstättendebatte seit 1990 zu extremistischen Positionen marginalisiert werden. Das ist sicherlich ein Ergebnis. Und erreicht wurde dies in einem gemeinsamen permanenten Gespräch zwischen den Opfern beider Diktaturen – denen dabei übrigens am meisten abverlangt worden ist –, zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten und auch den Praktikern in den Gedenkstätten, die dabei die schlimmsten Anfeindungen zu ertra-

gen hatten. Das Resultat war eine Schärfung der Wahrnehmung von NS-Staat und SED-Staat in ihrer je eigenen historischen Gestalt. Und nach dieser großen sieben- oder achtjährigen Debatte ist es sehr viel schwerer geworden, die doppelte Diktaturerfahrung zu politisieren und bei dieser Politisierung im übrigen die Würde der Opfer zu verletzen. Und es ist auch schwieriger geworden – aus welchen Motiven auch immer – die Nazis hinter den Kommunisten verschwinden zu lassen, aber auch umgekehrt. Diese Debatte über unsere zersplitterte Geschichte hat den Weg dafür ebnen helfen, daß der Toten und Gequälten beider Diktaturen unabhängig davon gedacht werden kann, im Namen welcher Ideologie sie terrorisiert worden sind, nämlich einfach als Menschen, die in ihrer Würde angetastet und ihres Rechtes auf Leben und Unversehrtheit beraubt worden sind. Dieses gemeinsame Gedenken, so glaube ich, ist die emotionale Quintessenz der Erfahrung mit zwei Weltanschauungsdiktaturen. Die intellektuelle Quintessenz der Debatte ist die Erkenntnis, daß es immer auf Kosten des einzelnen geht, wenn die Ideen von 1789 im Namen kollektiver Werte ausrangiert werden. Die einzigartigen Gegebenheiten in Deutschland erlauben es, in unseren Gedenkstätten die erste und die zweite deutsche Diktatur je für sich zu analysieren und zugleich aber auch zu zeigen, daß weder der Nationalsozialismus noch der Kommunismus singuläre geschichtliche Abirrungen gewesen sind, sondern zwei Komponenten eben des einen Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur, der von heute aus wohl als die Hauptsignatur des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts verstanden werden muß.

Meine Damen und Herren, ein gewisses Defizit der zurückliegenden Gedenkstättendebatte scheint mir freilich in einer Verkürzung von politischem Terror auf Mordlager und U-Haft und in der Verkürzung des Kommunismus auf den Stalinismus zu liegen. Dadurch besteht die Gefahr, daß die Subtilisierung von Verfolgung und Schurigelung Mißliebiger und Oppositioneller im späten Staatssozialismus, also der unsichtbare und der lautlose Terror, wie das genannt worden ist, unterbelichtet bliebe, der doch für Jahrzehnte des späten Staatssozialismus in der DDR und anderswo gerade das Typische ist - eben nicht das Lager, eben nicht der GULAG. Diese Konzentration auf den sichtbaren harten Terror à la Hitler und Stalin als die brachialste Ausprägung totalitären Verfügungsanspruchs ist freilich ganz verständlich. Erstens sind dadurch allein in Deutschland Hunderttausende getötet worden, derer wir gedenken müssen. Zweitens materialisiert sich in Form von Gedenkstätten dieser brachiale Terror sehr gut, er wird sichtbar in Typhus-Baracken, in Genickschußanlagen, in Krematorien und Folterkellern. Dieser harte Terror hat einen authentischen Ort, den man besuchen kann und den man zu einem Lernort erweitern kann. Die lautlose Verfolgung im avancierten Totalitarismus spätsozialistischer Provenienz hat solche Orte nicht. Dieser leise Terror ist auch viel schwerer faßbar. Er wirkte diffuser in die unterworfene Gesellschaft hinein. Er ist didaktisch nicht einfach und überhaupt nur als ein hochintegrierter Verfolgungs- und Disziplinierungsmechanismus im Kontext des Regimes selbst darstellbar. Er ist komplizierter. Der Lern- und Gedenkort, an dem Zersetzung, Bedrängung und Gängelung im späten Staatssozialismus zum Thema gemacht

werden müssen, kann deswegen nach meiner Überzeugung nur der Ort der Täter sein. Und der einzige dafür geeignete Ort der Täter ist das Hauptquartier Erich Mielkes in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg, nicht weit von hier. Er darf meiner Auffassung nach in einer nationalen Gedenkstättenkonzeption nicht fehlen.

Ich möchte in einem zweiten Teil meinen Vorschlag, hier in Berlin neben einer „Topographie des Terrors" eine, sagen wir, „Anatomie des SED-Sozialismus" zu haben, noch von einer mehr theoretischen Seite her zu untermauern versuchen. Und dabei darf ich mir vor einem Forum wie diesem ganz gewiß sparen, näher auf die beträchtlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Diktaturen, die heute im Laufe des Tages ja oft angesprochen worden sind, einzugehen. Ich möchte es bei dem Hinweis dazu belassen, daß die zweite deutsche Diktatur unmenschliche Praktiken hatte, und daß die DDR von ihrem ganzen Zuschnitt her eines mündigen Menschen wahrlich unwürdig gewesen ist, daß sie aber kein menschheitsfeindliches Regime wie die erste deutsche Diktatur gewesen ist. Sie hat weder definiert noch hat sie danach gehandelt, wer ein Lebensrecht auf Erden haben soll und wer kein Lebensrecht haben soll.

Gedenkstätten in einem Land mit nationalsozialistischer und kommunistischer Vergangenheit sind neben Orten der Trauer und des Gedenkens Orte der Demokratiesicherung. Denn wir setzen uns ja nicht deswegen mit der Vergangenheit auseinander, um nicht zu vergessen, sondern um als einzelne wie als Gemeinwesen urteilsfähig zu bleiben. Die Gedenkstätten sind Orte der Aufklärung über die Brüchigkeit der Zivilisation insgesamt, und sie sind Orte der Aufklärung darüber, was dem Bürger in Systemen droht, die nicht demokratisch, sondern lediglich weltanschaulich legitimiert sind. Und, darüber besteht kein Zweifel, Weltanschauungsdiktaturen waren NS-Staat und SED-Staat gleichermaßen. Beide Diktaturen haben die rechtstaatliche Demokratie, ihre Ordnungsprinzipien und ihr Menschenbild immer bekämpft, und zwar bis zum Schluß. Beide Regime waren entschlossene Antagonisten des demokratischen Staats- und Gesellschaftsmodells, wie es im Grundgesetz fixiert ist. Das ist eine weitere Quintessenz unserer doppelten Diktaturerfahrung, die noch nicht überall durchgesickert ist. Im universalistisch hyper-rationalen Marxismus-Leninismus ganz genauso wie im gesellschaftsbiologisch-irrationalen Nationalsozialismus bezog eine sogenannte Avantgarde aus ihrer vorgeblichen Einsicht in ein vermeintliches Entwicklungsgesetz der Geschichte, das es in Wirklichkeit überhaupt natürlich nicht geben kann, ihr Wissensmonopol und damit auch gleich ihr politisches Verantwortungsmonopol. Und Wesensmerkmal beider Regime war, nach einer bekannten Definition, ihr Versuch, tatsächlich ein neues gesellschaftliches Wertungssystem gewaltsam durchzusetzen; so wie das auch passiert ist in beiden Diktaturen. Historisch bedeutete das im Nationalsozialismus wie im Staatssozialismus folgendes: Eroberung des Staates durch eine Weltanschauungspartei; Gleichschaltung und Umbau der Gesellschaft; Indoktrinierung und Umerziehung; Prinzipielle Intoleranz; sodann die berühmte Erfindung und auch die Präparierung und Bekämpfung feindlich-negativer Elemente und sogenannter objektiver Gegner. Hinzu kommt die uni-

versale Verdächtigkeit und die Umprägung von Worten und Werten in beiden Diktaturen. Die Parallelen, so meine ich, sind unübersehbar. Wenn die Wirklichkeit sich dann auch nicht in dem gewünschten Maße in Fiktion verwandeln ließ, wie Hannah Arendt das nannte, wenn die Menschen sich dieses Verfügungsanspruches auch immer besser zu entziehen verstanden mit den Jahren, wenn also nach einer Binsenwahrheit auch der Totalitarismus niemals total sein konnte, so gaben beide Weltanschauungsdiktaturen ihren Verfügungsanspruch auf den einzelnen andererseits aber niemals wirklich auf, bis in den Oktober und November 1989 hinein. In allen Weltanschauungsdiktaturen ist offenbar allein die Geheimpolizei in der Lage in dem Ausmaß für Information, für Prävention, für Manipulation und für Repression zu sorgen, das von den Weltanschauungsmonopolisten – sei es nun ein Führer oder ein Politbüro – für unerläßlich gehalten wird. Und die ratio der Geheimpolizei lautet in beiden Regimen gleich: Verabsolutierung des Gegnerprinzips; Perversion des Vorbeugeprinzips; Verallgemeinerung der ideologischen Feindvorstellung und schließlich totalitärer Verfügungsanspruch über den einzelnen, der sich selbstverständlich nicht immer realisieren läßt.

Bei Diktaturen mit langer Lebensdauer vollzieht sich nach und nach eine Abkehr vom offenen Terror hin zu subtilisierten Verfolgungs- und Unterdrükkungsmethoden, eben zu jenem leisen Terror der Zersetzung, Deformierung, Bedrückung und Gängelung des Bürgers. Dieser leise Terror entfaltet sich im engen und geräuschlosen Zusammenwirken – politisch-operatives Zusammenwirken hieß das in der DDR, POZW, wie alles andere auch abgekürzt – mit den übrigen Organen von Partei und Staat. Es ist nicht die Staatssicherheit allein, und es können in diesem Zusammenwirken alle notwendigen Register konspirativer, amtlicher, polizeilicher und sogar juristischer Möglichkeiten gezogen werden. Wir haben das in den Verfahren gegen Havemanns Richter ja analysiert im Lauf dieses Prozesses. Die Geheimpolizei ist nur das Leitorgan in diesem eingespielten hochintegrierten Unterdrückungsmechanismus. Man brauchte im Spätsozialismus niemanden mehr wie früher in krudem Terror zu brechen oder schlicht verschwinden zu lassen. Eine wissenschaftlich und operativ ertüftelte und von einem Heer von Helfern aus Partei und Staatsapparat mitgestaltete Subtilisierung der Repression tat es jetzt auch. So ist es unabdingbar, die Verfolgungsstruktur immer im engen Zusammenhang mit der Regimestruktur zu betrachten, sei es im SED-Staat, sei es im NS-Staat. Das heißt, eine Erläuterung der Funktionsweise von Verfolgung aber auch von Opposition ist nur gemeinsam mit der Funktionsweise des Regimes erklär- und erläuterbar und transparent zu machen für denjenigen, der in eine Gedenkstätte kommt.

Diese Verfolgungsstruktur, meine Damen und Herren, im avancierten Totalitarismus der zweiten deutschen Diktatur hätten wir ohne die Öffnung der Stasi-Unterlagen niemals entdecken können. Das ist ein weiterer großer Verdienst dieser Aktenöffnung. Ich beschreibe das alles hier so eingehend, weil ich auf die konstitutive Bedeutung dieser Unterdrückungsstruktur für den SED-Sozialismus und vermutlich für den späten Staatssozialismus generell auch in an-

deren Ländern aufmerksam machen möchte. Ich tue das außerdem, weil wir es hier mit elaborierten Techniken zu tun haben. Techniken, die als mögliche künftige Gefährdung unserer Bürgerfreiheit im modernen Staat wohl eher vorstellbar sind als die Wiederkehr der Methoden Hitlers und Stalins. Diese Art KGB-Sozialismus der 70er und 80er Jahre, der derzeit nur in Deutschland ungehindert erforschbar ist, hat überdies eine internationale Dimension, einen internationalen Kontext, denn Polen, Russen, Tschechen oder Bulgaren waren davon ja ganz genauso betroffen wie die Bürger in Ostdeutschland. Wir müssen den avancierten Totalitarismus der späten DDR schließlich auch deswegen breit in unseren Gedenkstätten präsentieren, weil es Menschen gibt, die ein Interesse daran haben, die eben verflossenen Honecker-Jahre als eine Art altersmilden Staatssozialismus in Rosa zu färben. Ich meine, daß so ein zentrales Phänomen der Diktaturerfahrung einen authentischen und – das ist wichtig – einen prominenten Gedenk- und Lernort haben muß. Die komplett erhaltene Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin sollte deswegen in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgenommen werden. Ich wiederhole mich damit.

Ich gebe diese Empfehlung auch deswegen, weil ich die totalitäre Versuchung nicht für ein erledigtes Phänomen halte, sondern für eine permanente Herausforderung aller Demokratien. Und die beträchtliche Verführungskraft des Totalitären rührt nämlich nicht unbedingt nur davon her, welche Ideologien uns nationalsozialistische, kommunistische oder noch erscheinende Propheten einzutrichtern versuchen, sondern diese Verführungskraft hängt mindestens so sehr davon ab, wie diese Botschaften an den Mann gebracht werden. Ihre zeitweise unwiderstehlich wirkenden Appelle des Unbedingten und der Glaubensgewißheit, der Zukunftssicherheit entzünden sich bei ihren Adressaten, bei uns allen, also bei ganz normalen Menschen mindestens so sehr im Affektiven wie im Rationalen. Zum Zweiten sind die Zutrittspforten der totalitären Versuchung gar nicht so sehr die vorgeblichen Sehnsüchte der Menschen nach Heroismus oder die Sehnsüchte nach Bewegung, wie bei den Nazis, oder nach Egalität, sondern viel eher sein zeitloses Bedürfnis nach Sinn und sein angeborenes Verlangen nach Sicherheit im Sozialen und nach Überschaubarkeit des Lebens. Psychologische Disposition und soziale Motivation also als Hauptadressaten totalitärer Ideologien – und diese Dispositionen werden erst mit dem Menschen selbst verschwinden. Das ist eine weitere Lehre aus unserer doppelten Diktaturerfahrung, die aufzunehmen wäre, und zwar durchaus aus aktuellen Gründen, weil an das, was ich eben skizziert habe, zwei wenig beruhigende Vermutungen auch für den Politiker zu knüpfen sind:

Erstens, die totalitäre Versuchung liegt mindestens so stark in ihren Gesten wie in ihrem Gehalt.

Zweitens, die Verführungskraft totalitärer Ideologien dürfte mindestens so sehr an der unveränderlichen menschlichen Konstitution als an irgendwelchen konkreten historischen Konstellationen gebunden sein.

Geschlossene Weltanschauungen – und das ist ein Fazit – bleiben deshalb eine dauerhafte Verlockung, und sie bleiben eine dauerhafte Gefährdung für den einzelnen und für die offene Gesellschaft, in der er lebt. Unsere Gedenkstätten sind Orte der Aufklärung und sie sind Orte der Demokratiesicherung. Eine Anatomie des SED-Sozialismus im Täterort des Befehlsstandes der kommunistischen Geheimpolizei gehört mit in diese Konzeption hinein. Nirgends kann die Illusion vom guten Kern des Staatssozialismus nachhaltiger zertrümmert und nirgends kann eindringlicher verdeutlich werden, wie avancierter Totalitarismus funktioniert und wie leiser Terror wirken kann. Und es ist zugleich ein Ort des Gedenkens an die Opfer unter Beweisnot. Die Opfer unter Beweisnot, die das Folterwerkzeug nicht vorweisen und die Folterknechte nicht kennen können, also an jene Menschen, die ihre Wunden nicht auf dem Körper, sondern die ihre Wunden in ihren Seelen haben. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Henke, haben Sie herzlichen Dank für diesen eindringlichen Appell, die leise Diktatur nicht zu übersehen, die mit den Methoden und Mitteln des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts arbeitet. Herr Reichel, wieweit hat es die alte Bundesrepublik vermocht, die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur und ihre Verbrechen in Form von Denkmälern, Gedenkstätten und Erinnerungen festzuhalten? Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Reichel: Meine Damen und Herren, die Zeit ist fortgeschritten. Ich versuche es kürzer zu machen, als ich ursprünglich vorhatte. Sie haben hoffentlich das vorab vorgeschickte Thesenpapier vor sich liegen. Ich habe meine Ausführungen um vier Thesen aufgebaut und ergänze diese vier Thesen um einen weiteren fünften Punkt mit Vorschlägen für Korrekturen der bestehenden Erinnerungskultur, also ein etwas ketzerischer Beitrag vielleicht, aber auch das oppositionelle Moment der Erinnerungskultur soll und muß ja heute, denke ich, hier betont werden, und schließlich auch mit einer Empfehlung für eine zukünftige Geschichtspolitik.

Erste These: Totalitäre wie nichttotalitäre politische Systeme sind in ihrer je aktuellen Gegenwart auf den Umgang mit Vergangenheit angewiesen. Er dient der sozialen Binnenintegration der kulturell vermittelten kollektiven Identitätsbildung und der politisch-symbolischen Herrschaftslegitimierung. Jedes Gemeinwesen muß wissen und sinnlich erfahrbar machen, worauf es gründet und woher es kommt. Man sollte deshalb nicht einseitig und abwertend vom totalitären Mißbrauch der Geschichte, z. B. in der früheren DDR sprechen. Geschichtspolitik ist legitim. Die nationalen Unterschiede werden erst sichtbar, wenn man dies anerkennt. Die Rede vom Mißbrauch der Vergangenheit erweckt, ob beabsichtigt oder nicht, den Eindruck, daß nur oder vor allem totalitäre Systeme die Vorgeschichte ihrer politischen Ordnung für aktuelle Zwecke instrumentalisieren. Und weil dies eben unter totalitären Bedingungen geschieht, Geschichte mithin ideologisch einseitig gedeutet und genutzt wird, ist eben gern aber irreführend vom mißbräuchlichen Umgang mit ihr die Rede. Eine solche Sicht ist auch deshalb bedenklich, weil auf diese Weise Ge-